

In Kürze

AFRIKA

Mali, Niger und Burkina Faso verlassen Ecowas-Gemeinschaft

Die Militärregierungen von Mali, Niger und Burkina Faso haben ihren Austritt aus der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas angekündigt. Nach der Erklärung im mali-schen Staatsfernsehen teilte die Ecowas mit, es liege noch kein offizielles Schreiben vor. Die Staatengemeinschaft betonte, sie arbeite weiter daran, dass Mali, Niger und Burkina Faso wieder zu einer verfassungsgemäßen Ordnung zurückkehrten. Gegen alle drei Länder waren nach Militärputschen Sanktionen verhängt worden, gegen die sich die betroffenen Regierungen wehren. Die drei Staaten hatten ein Bündnis gebildet. (epd)

NORDKOREA

Regime testet strategische Marschflugkörper

Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un hat einen Test von zwei U-Boot-gestützten Marschflugkörpern als Schlüsselmoment für den Ausbau der Seestreitkräfte seines Landes bezeichnet. Der Raketentest vom Sonntag sei „von strategischer Bedeutung für den Plan der Modernisierung der Armee“, welcher auf den „Aufbau einer starken Seemacht“ abziele, erklärte Kim laut der staatlichen Nachrichtenagentur KCNA am Montag. Nach Einschätzung von Experten könnte der Einsatz U-Boot-gestützter Marschflugkörper (SLCM) das Militär des Landes auf ein neues Niveau bringen. Kim habe sich nach dem Test, der von einem U-Boot aus erfolgt sei, „sehr zufrieden“ gezeigt, berichtete KCNA. (AFP)



Testabschuss eines strategischen U-Boot-Marschflugkörpers

INDIEN

Verhandlungen über großes U-Boot-Geschäft gehen weiter

Die Verhandlungen über ein milliardenschweres U-Boot-Geschäft mit Indien gehen weiter. Eine deutsche Delegation habe dazu Gespräche mit den möglichen Partnern geführt, hieß es am Montag aus Regierungskreisen in Berlin. Vor einem möglichen Regierungsabkommen werde nun die Entscheidung der indischen Seite abgewartet. Die Regierung in Neu Delhi sucht einen Kooperationspartner für die Produktion der konventionellen U-Boote vor Ort in Indien mit einem Technologietransfer. Als mögliches Volumen eines solchen Geschäfts wurde ein Betrag mehr als fünf Milliarden Euro genannt. Im vergangenen Jahr hatten Vertreter von ThyssenKrupp Marinesystems (TKMS) und der indischen Werft Mazagon Dock Shipbuilders Limited (MDL) eine Absichtserklärung unterschrieben. (dpa)



Der US-Stützpunkt „Tower 22“ wurde mit Drohnen attackiert. Drei Soldaten kamen dabei ums Leben.

Getötete amerikanische Soldaten Droht Iran ein Angriff der USA?

Von Christian Böhme und Thomas Seibert

Angriffe pro-iranischer Milizen auf US-Stützpunkte gibt es seit dem Überfall der Hamas auf Israel fast täglich. Doch bei der jüngsten Attacke an der jordanisch-syrischen Grenze sind erstmals drei amerikanische Soldaten getötet worden, mehrere Dutzend weitere wurden verletzt. US-Präsident Joe Biden kündigt nun Vergeltung an. „Haben Sie keinen Zweifel – wir werden alle Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen, zu einem Zeitpunkt und in einer Weise, die wir wählen“, sagte er. Die jüngste Eskalation schürt neue Ängste vor einer Ausweitung der Krise im Nahen Osten.

Was ist passiert?

Berichten zufolge wurde am Sonntag der US-Außenposten „Tower 22“ getroffen, der sich an der syrischen Grenze auf jordanischem Gebiet befindet. Die Angreifer ließen eine Drohne auf die Mannschafts-quartiere stürzen. Womöglich war die nahegelegene US-Militärbasis Al Tanf in Syrien das eigentliche Ziel. Der „Islamische Widerstand Irak“ – ein Zusammenschluss pro-iranischer Milizen – erklärte, er habe die US-Truppen angegriffen. Nach Angaben von Forschern des Institute for the Study of War wurden seit dem Beginn des Gaza-Kriegs amerikanische Stützpunkte im Irak und in Syrien rund 170 Mal von pro-iranischen Kräften angegriffen. Bis Sonntag kamen dabei keine Soldaten ums Leben.

Wie reagieren die USA?

Biden versuchte nach Bekanntwerden des Anschlags, Entschlossenheit zu demonstrieren. Er drohte damit, dass sein Land mit gebotener Härte reagieren werde. Offen ließ er allerdings, wer für den Angriff konkret in welcher Form zur Rechenschaft gezogen werden soll.



Mick Mulroy war bis 2019 stellvertretender Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium mit Zuständigkeit für den Nahen Osten.



Arash Azizi ist Iran-Experte an der Universität Clemson in South Carolina und Autor.

Mick Mulroy, ehemaliger Vize-Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium, plädiert dafür, den Überfall mit „erheblicher Härte“ zu erwidern. „Ich glaube, dass das Pentagon sogar Ziele innerhalb des Irans als Optionen für das Weiße Haus in Betracht zieht.“ Dies allerdings wäre ein Schritt, den Biden bislang vermieden hat. Trotz der US-Vergeltungsschläge etwa auf Stellungen iranischer Einheiten in Syrien oder Irak, hat er immer wieder betont, keinen Krieg gegen das iranische Regime zu wollen. Die drei getöteten Soldaten dürften ihn allerdings dazu bewegen, ein deutliches Signal Richtung Teheran zu senden. Weder außenpolitisch noch innenpolitisch kann Biden es sich kaum leisten, in Wahlkampfzeiten schwach zu wirken.

Steckt der Iran dahinter?

Pro-iranische Milizionäre in der Region sollen Beobachtern zufolge ihre Hauptquartiere bereits geräumt haben, weil sie Vergeltungsschläge fürchten. Auch wenn der US-Stützpunkt von pro-iranischen Kräften beschossen wurde – im Interesse der Führung in Teheran sei der Drohnenangriff nicht gewesen, sagt Iran-Experte Arash Azizi. Wahrscheinlich gehe der Beschuss auf das Konto „übereifriger irakischer Milizen“.

Dieser „Übereifer“ ist schon länger ein Problem für das Mullah-Regime. Pro-iranische Gruppen beklagen, dass Teheran trotz seiner oft großspurigen anti-amerikanischen und anti-israelischen Rhetorik nur wenig tut, um die USA und den jüdischen Staat zu schwächen. Irakische Milizen beschwerten sich laut Azizi, dass sie von US-Raketen und -Kampfflugzeugen angegriffen würden. „Sie sagen: Die Amerikaner achten darauf, keine Iraner zu treffen, aber sie haben kein Problem damit, Iraker zu töten.“

Teheran distanzierte sich am Montag von dem Angriff auf „Tower 22“ und erklärte, die Kräfte des „Widerstandes“ handelten eigenständig. Mit ähnlichen Formulierungen hatte die iranische Regierung in den vergangenen Wochen auch die Angriffe der pro-iranischen Huthi-Miliz auf Schiffe im Roten Meer kommentiert. Doch die Taktik, Partner in der Region zu Angriffen zu ermuntern und sich zugleich davon zu distanzieren, funktioniert nicht mehr: Irans Regierung kann nicht die Führungsrolle in der sogenannten Achse des Widerstands gegen Amerika und Israel beanspruchen und so tun, als sie nur Zuschauerin.

Gibt es nun einen Großkonflikt?

Der Angriff auf den US-Stützpunkt bringt das oberste Ziel der Islamischen Republik in Gefahr: einen direkten militärischen Zusammenstoß mit USA und Israel zu verhindern, bei dem Iran den Kürzeren ziehen dürfte. Das Land verfügt zwar über Tausende Raketen. Aber seine Flugabwehr ist schwach, die Luftwaffe veraltet. „Obwohl Teheran eine Ausweitung des Krieges oder einen direkten Zusammenstoß mit den USA vermeiden will, wird der Iran von der ‚Achse des Widerstands‘ in exakt eine solche Konfrontation hineingezogen“, sagt Azizi.

Signale der Deeskalation dürfte Irans Führung allenfalls hinter verschlossenen Türen an die USA aussenden. Am 1. März stehen Neuwahlen an. Teheran achtet deshalb darauf, keine Schwäche zu zeigen. Außenamtssprecher Nasser Kanaani machte Israel für die jüngste Eskalation verantwortlich und sagte, es gebe Kräfte, die Amerika in den Krieg ziehen wollten. Und er fügte hinzu: Der Iran wolle nicht, dass sich der Gaza-Krieg ausbreite.

Mitarbeit: Juliane Schäuble

